

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

2/XXII/244

Bonn, den 22. Dezember 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	Das Arbeitsförderungsgesetz	98

Ergebnis einer sozialdemokratischen Initiative

Von Martin Hirsch, MdB

3 - 4	Vor einem großen Sprung ins Ungewisse	93
-------	---------------------------------------	----

Amerika an der Schwelle des neuen Jahres

5	Finanzplanung ohne soziale Demontage	53
---	--------------------------------------	----

Von Dr. Alfons Bayerl, MdB

6	"Station Torfhaus" im Hochkarz	44
---	--------------------------------	----

Am Scheitelpunkt zwischen Eurovision und Intervision

Von Klaus Rasthaus, Hannover

*
* Ein frohes Weihnachtsfest *
* wünscht allen Beiziehern, *
* Freunden und Mitarbeitern *
* Redaktion und Verlag *
* des *
* SPD-PRESSEDIENSTES *
*

Das Arbeitsförderungsgesetz

Ergebnis einer sozialdemokratischen Initiative

Von Martin Hirsch, MdB

Fast genau zu seinem 40. Geburtstag erlebte das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) die Geburt eines Nachfolgers: Entsprechend einem Auftrag des Bundestages aus dem Vorjahr legte die Bundesregierung dem Parlament im Oktober den Entwurf für ein "Arbeitsförderungsgesetz" (AFG) vor, das an die Stelle des alten AVAVG treten soll. In der vorigen Woche hat der Bundestag diesen Entwurf in erster Lesung beraten.

Eine statistische Zahl macht vielleicht am deutlichsten, worum es bei der geplanten Gesetzesreform geht. Nach einer Erhebung des Statistischen Bundesamtes arbeitet heute jede zweite erwerbstätige Person nicht mehr in dem ursprünglich erlernten Beruf. Es gibt zahllose Erwerbstätige, die ihren Beruf bereits mehrfach wechseln mußten. Diese Zahlen weisen hin auf die mit der allgemeinen technischen Entwicklung fortschreitenden Mobilitätsbedürfnisse für Arbeitskräfte.

Während sich früher die staatliche Arbeitsfürsorge auf Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenschutz beschränken konnte, muß heute ein weit aus größerer Bereich erfaßt werden. Die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik steht im engen Zusammenhang mit einer aktiven Konjunkturpolitik, die auf die Sicherung eines hohen Beschäftigungsgrades ausgerichtet ist, mit einer wirtschaftlichen Strukturpolitik, die auf die langfristige Erhaltung der Arbeitsplätze zielt; und mit einer Bildungspolitik, die jedermann die Chance verschaffen will, sich nach eigener Entscheidung eine Position im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozeß zu erkämpfen.

Unter diesen Dreiecksrahmen von Bildung, Arbeitsplatz und Beschäftigung muß verantwortungsbewusste Arbeitspolitik dann noch ein Netz spannen, um denjenigen auffangen zu können, der sich verturnt hat oder sonstwie aus dem Arbeitsprozeß herausgefallen ist: Eine schnell und wirksam funktionierende Arbeitslosenversicherung muß gewährleisten, daß die Beweglichkeit des Arbeitsmarktes nicht zum Vabanquespiel wird.

Es ist also mehr als eine äußerliche Namensänderung, wenn die Nürnberger "Anstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung" in "Bundesanstalt für Arbeit" umbenannt werden soll. Dahinter steht eine grundsätzliche Änderung der Aufgaben staatlicher Arbeits- und Beschäftigungspolitik. Die Entwicklung in den klassischen deutschen Wirtschaftszentren zeigt, daß der alte Grundsatz, die Arbeitspolitik am Prinzip der Arbeitslosenversicherung auszurichten, nicht mehr taugt. Die schnell wechselnden Bedürfnisse des Arbeitsmarktes verlangen eine Schwergewichtsverlagerung auf den Bereich der beruflichen Aus-, Fort- und Umbildung. Bundesarbeitsminister **K a t z e r** sagte dazu vor dem Bundestag:

- * "Hier liegt der entscheidende Wandel in der Zielsetzung des Entwurfs, der bei allen Maßnahmen bis in die letzten Einzelheiten
- * deutlich wird. Es geht nicht mehr nur darum, sich für den Fall
- * der Arbeitslosigkeit finanziell zu wappnen, sondern darum, Arbeitslosigkeit soweit wie möglich rechtzeitig zu verhüten. Jede
- * Mark, die wir hier einsetzen, ist viel sinnvoller aufgewendet.

- * als wenn wir sie später in Form von Arbeitslosengeld an die Betrof-
- * fenen zahlen müßten... Berufliche Mobilität ist nicht zu trennen
- * von beruflicher Bildung... Diese schafft erst die Grundlage für
- * das Anpassungs- und Umstellungsvermögen der Arbeitnehmer. Darum
- * steht im Mittelpunkt des Gesetzentwurfs ein System der Förderung
- * der beruflichen Bildung. Diese Förderungsmaßnahmen sollen dem be-
- * ruflichen Bildungswesen, der Ausbildung, der Fortbildung und der
- * Umschulung den Platz geben, der der Berufsausbildung im Rahmen
- * unseres Gesamtbildungswesens zukommt."

Mit dieser Schwerpunktbildung hat die Bundesregierung wesentliche Punkte des Gesetzgebungsprogramms der Sozialdemokraten übernommen, das die SPD-Bundestagsfraktion in ihrem schon 1966 im Parlament eingebrachten Initiativ-Entwurf für ein Arbeitsmarktanpassungsgesetz niedergelegt hatte. Ein so fortschrittlicher Entwurf, der auf alten sozialdemokratischen Forderungen aufbaut, konnte gewiß nur aus der jetzigen Regierung kommen. Trotzdem bleiben noch wesentliche Vorschläge unberücksichtigt, die in den nun folgenden Ausschußberatungen durchgesetzt werden müssen.

Vor allem fehlt die gesamte Neuordnung des Berufsausbildungsrechts

- * "Wer die Mobilität der Arbeitnehmer für die Zukunft gesetzlich
- * fixieren will, aber die Grundlagen für den Beruf, nämlich die er-
- * ste Berufsausbildung, d.h. die ersten drei Jahre, aus dieser Pla-
- * nierung ausläßt, baut ein Haus ohne Grundmauern,"

erklärte dazu der SPD-Abgeordnete Erwin P o l g e r bei der ersten Lesung.

Darüber hinaus verlangen die Sozialdemokraten eine sorgfältige Koordination von Berufs- und Arbeitsmarktforschung mit entsprechend aktueller Berufsberatung. Denn hier werden die ersten entscheidenden Weichen gestellt für die nächsten 40 Arbeitsjahre, weil alle Fortbildungs- und Umschulungshilfen nur selten korrigieren können, was am Anfang auf falsche Gleis geschoben worden ist. Je schneller aber die Bedürfnisse und Bedingungen des Arbeitsmarktes wechseln, um so notwendiger wird auch eine umfassende Vorbereitung solcher berufsberatenden Weichenstellung durch sorgfältige Berufs- und Arbeitsmarktforschung.

Die SPD verlangt überdies für die Arbeitenden das Recht, sich für Zwecke der beruflichen Fortbildung von der Arbeit freustellen zu lassen, weil wir nicht zulassen können, daß die Fortbildungsinitiative des Einzelnen auf Feierabend und Erholungsurlaub verwiesen wird.

Schließlich wollen wir die seit langem umstrittene Forderung nach Arbeitslosengeld für mittelbar vom Streik betroffene Arbeiter gesetzlich gesichert wissen: Wer sichert den Arbeitnehmern ihren Arbeitslohn oder einen Lohnersatz, die zwar nicht streiken, die aber wegen eines Streiks in Zulieferbetrieb nicht weiterarbeiten können? - Darüber hinaus gibt es in den Fragen der Selbstverwaltung der Bundesanstalt für Arbeit und der Finanzierung ihrer Leistungen noch etliche Vorschläge zu verbessern und Fragen zu klären.

Alles in allem zeigt der Regierungsentwurf erfreuliche, fortschrittliche Ansätze; aber er ist noch nicht vollkommen. Die zuständigen Ausschüsse werden mit der Arbeitsförderung noch viel Arbeit haben. Es steht zu hoffen, daß die Probleme dieses für die ganze erwerbstätige Bevölkerung ungemein wichtigen Gesetzes auch in entsprechender Breite und Offenheit diskutiert werden.

Vor einem großen Sprung ins Ungewisse

Amerika an der Schwelle des neuen Jahres

New York, Ende Dezember

Unter die festlich gestimmte Menge, die in den Wochen vor Weihnachten die Einkaufszentren aller amerikanischen Städte füllten, mischten sich zornige Demonstranten meist jüngeren Alters, die mit Schrifttafeln und Sprechchören gegen den Krieg in Vietnam, den "Mörder Lyndon Johnson" und die Aushebung zum Militärdienst protestierten. Wenn der Präsident des Landes heute außerhalb Washingtons an einer Feier oder einem großen Bankett teilnehmen will, dann bleibt seine Ankunft in dieser Stadt geheim, die Polizei wird erst in letzter Minute verständigt und die breite Öffentlichkeit überhaupt nicht, und er wird auf verstoßenen Umwegen an sein Ziel gefahren, - weil man gehässige Demonstrationen, die der präsidentiellen Anwesenheit unwürdig wären, vermeiden will; bei der betreffenden Feier selber, an dem betreffenden Kongress oder Bankett wird dann freilich der Präsident gewöhnlich sehr stürmisch bejubelt.

Das alles sind Zuspitzungserscheinungen dessen, was man heute die amerikanische "Malaise" nennt und die sich aus den Unbehaglichkeiten und Peinlichkeiten des ausweglosen Vietnam-Dilemmas speist sowie aus dem schwelenden Rassenkonflikt innerhalb der eigenen Bevölkerung, der in jetzt zuende gehenden Jahr zu den Bürgerkriegsexplosionen von Newark und Detroit führte. Diese schwerwiegende "Malaise" beeinträchtigt sehr erheblich die Schlußbilanz, die Amerika nunmehr über das Jahr 1967 zu ziehen beginnt: eine Schlußbilanz, die ohne den Vietnamkonflikt und die Rassenpannungen absolut erstklassig ausfallen würde, die so, wie die Reaktionen nun einmal sind, doch recht zweideutig ausfällt.

Die Wirtschaftslage war im Laufe des Jahres zwar Schwankungen unterworfen, hat sich aber gerade in der zweiten Jahreshälfte ausgezeichnet behauptet. Es gibt in der traditionellen Lohn-Preis-Spirale einen inflationären Trend, der vielleicht nicht besorgniserregend aber doch nachhaltig ist; nach der Pfundabwertung Ende November hat ein spürbarer "Run" auf die amerikanischen Goldreserven eingesetzt, der, wenn er andauert, eines Tages bedenklich werden kann; - aber das Land hat doch bisher allen diesen Gefahren gesund und Kraftvoll widerstehen können.

Das Jahr 1968 ist Wahljahr, im November muß ein neuer Präsident gewählt (oder der alte im Amt bestätigt) werden, und die Beschleunigungen des innenpolitischen Pulses, die damit immer verbunden sind, haben sich dieses Mal besonders früh und besonders intensiv bemerkbar gemacht. Präsident Johnson, der 1964 gegen den erzkonservativen Republikaner Goldwater mit turmhoher Rekordmehrheit gewählt worden war und dann anderthalb Jahre lang, von massiven Volkervertrauen gestützt, im Kongreß ganze Serien kühner und fortschrittlicher Reformmaßnahmen durchsetzen konnte, sieht sich heute einer Vertrauenskrise ernstesten Umfanges gegenüber. Die pazifistische Kinderheit von links lehnt ihn ab, weil er in Vietnam Krieg führt;

die aggressiv-militaristische Minderheit von rechts lehnt ihn ab, weil er diesen Krieg nicht mit totalem Waffeneinsatz führt, sondern ihn doch immer noch begrenzt zu halten sucht; radikale Neger lehnen ihn ab, weil sich trotz aller gesetzlichen Neuerungen die soziale Benachteiligung der Neger in der Gesellschaft noch nicht eliminieren ließ, und ein großer Teil des weißen Mittelstandes lehnt ihn ab, weil er "den Negern Tür und Tor geöffnet" und ihre restriktive Behaglichkeit damit gestört habe.

Zweifellos würde man Lyndon Johnson unterschätzen, wenn man annehmen würde, daß seine Wahlniederlage heute schon feststeht. Dieser routinierte Politiker wird zweifellos in den nächsten Monaten doch noch sehr stattlichen Anhang mobilisieren und manchen spontanen Applaus im Volk ernten können: aus Gewerkschaftskreisen, aus den Massen der von extremen Demagogen nicht irreführten gemäßigten Negerbevölkerung, aus der Landwirtschaft und, vielleicht sogar auch, der städtischen Intelligenz. Heute aber, an der Jahreswende, geht er in die innenpolitische Arena des Wahljahres mit einem Handicap, und die Jugend dürfte ihm nicht, wie letztes Mal, begeistert zulaufen.

Andererseits hat sich die amerikanische Regierung in der Mittelost-Krise würdig und kraftvoll benommen und als einzige Großmacht treu und geschickt Israel die Stange gehalten; sie hat den drohenden Zypern-Krieg verhindern helfen und ihren sonst ewig unruhigen lateinamerikanischen Nachbarn ein Jahr ziemlich ungestörter Ruhe beschaffen helfen. Der Kongress, in letzter Zeit - seit den Neuwahlen vom Herbst '66 - wieder in seinen konservativen Elementen verstärkt hatte sich lange geweigert, irgendwelchen neuen Sozialreformen zuzustimmen, hat aber jetzt dennoch zu guter Letzt einige sehr konkrete Fortschritte auf den Gebieten des Verbraucherschutzes und der Alten- und Krankenfürsorge verabschiedet. Und in Präsident Johnsons eigener Demokratischer Partei endlich, durch Konflikte über den Krieg in Vietnam gespalten und in niedergeschlagene Apathie verfallen, hat die Rebellion des ausgezeichneten und begabten Senators Eugene McCarthy aus Minnesota gegen die Kriegspolitik der Regierung zu einer Neubelebung der innerparteilichen Diskussion und Galvanisierung des Lebenswillens in der Parteimitgliedschaft geführt, die bemerkenswert sind.

Das Wahlergebnis läßt sich natürlich heute noch nicht voraussagen; ein gutes Dutzend ehrgeizige (und zum Teil auch gut qualifizierte) Senatoren und Gouverneure bemühen sich eifrig um die Präsidentschaftsnominierung der Republikanischen Partei, - und solange man nicht weiß, wer in diesem Rennen vornean liegt: ein gemäßigter Mann oder ein Extremist, ein Verständigungspolitiker oder ein kriegerischer "Habsicht", ein Mann, der bei den Negern Anklang findet oder einer, den sie rundweg ablehnen: - solange läßt sich mit keinerlei Gewißheit voraussagen, ob Lyndon Johnson, der ja vermutlich wieder Kandidat der Demokraten sein wird, ein neues Mandat auf vier Jahre im Weißen Hause bekommen wird. Das wird aber die Frage sein, die das ganze Jahr 1968 hindurch die Amerikaner beschäftigen wird, und dieser Frage werden auch die an sich viel brennenderen und heikleren Fragen, der Krieg in Vietnam und die Spannungen zwischen Weiß und Schwarz, untergeordnet werden.

Finanzplanung ohne soziale Demontage

Von Dr. Alfons Bayerl, MdB

Mit der Verabschiedung des Finanzänderungsgesetzes wurde zum ersten Mal der sozialdemokratischen Forderung entsprechend ein mittelfristiger Finanzplan bis zum Jahre 1971 verwirklicht. Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion mußte dabei mit zwei Tatbeständen fertig werden, die jeder für sich relativ leicht in den Griff zu bekommen sind, die aber einem Wirtschaftsminister manches graue Haar kosten können, wenn sie zusammentreffen: eine starke Rezession in der Konjunktur und ein Milliardenloch in den Staatsfinanzen. Dabei muß immer wieder festgestellt werden, daß wir in diese Situation durch die falsche Wirtschafts- und Finanzpolitik der alten CDU/CSU-Bundesregierung gekommen sind. Die Sozialdemokraten haben bereits im Bundestagswahlkampf '67 die Ordnung der Staatsfinanzen als ihre erste Aufgabe bezeichnet. Jetzt ist diese erforderliche Ordnung - verspätet um zwei Jahre allerdings - sichergestellt. Sie zu erreichen müssen alle Schichten unseres Volkes Opfer bringen. Daß diese Opfer ohne sozialpolitische Demontage gerecht verteilt wurden, ist der Erfolg der Großen Koalition.

Kritiker dieses Gesetzes müssen wissen, daß mit ihm nicht sozialpolitische Reformen durchgeführt werden konnten. Mit ihm mußten vielmehr die Staatsfinanzen in Ordnung gebracht werden. Das durfte nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmer und Rentner geschehen. So konnten mit Erfolg die Angriffe auf die bruttolohnbezogene dynamische Rente abgewehrt werden. Das hat zur Folge, daß sich trotz des 2 %igen Rentnerbeitrages zur Krankenversicherung bis zum Jahre 1971 die Renten um etwa 30 % erhöhen. Dies bedeutet, daß eine Rente, die heute etwa 400,- DM beträgt, bis 1971 um 130,- DM erhöht wird. Dabei soll nicht verschwiegen werden, daß mit diesen erhöhten Leistungen für unsere alten Bürger erhöhte Beitragsleistungen aller Versicherten verbunden sind. Schon im Bundestagswahlkampf '65 haben die Sozialdemokraten diese Erhöhung freimütig angekündigt. Sie entspricht ihrer Vorstellung von der Solidarität der arbeitenden Menschen zu unseren Rentnern und ist durch das Umlagedeckungsverfahren bei unseren Versicherungsträgern unabdingbar. Mit dem Finanzänderungsgesetz konnte die Höhe des Wohngeldes und die Höhe des Kindergeldes bis 1971 beibehalten sowie die Höhe des Arbeitslosengeldes und die Mutterschaftshilfe wesentlich verbessert werden. Darüberhinaus konnten mit dem Finanzänderungsgesetz für die Sozialpolitik zwei entscheidende Weichen gestellt werden:

- * 1. Ohne Rücksicht auf ihr Einkommen werden in Zukunft alle Arbeitnehmer in der Rentenversicherung pflichtversichert sein. Damit ist der Begriff der "Schutzbedürftigkeit" - seit der kaiserlichen Botschaft von 1881 in der Rentenversicherung eingeführt - verschwunden. Jetzt haben wir die solidarische Verpflichtung aller Arbeitnehmer für die Alterssicherheit aller aus dem Arbeitsleben Ausgeschiedenen zu sorgen. Das ist ein entscheidender Schritt zur Volksversicherung, die wir Sozialdemokraten in der Bundesrepublik anstreben.
- * 2. Alle Rentner gehören in Zukunft kraft Gesetzes der gesetzlichen Krankenversicherung an, auch das ist ein entscheidender Schritt zur Einführung der gesetzlichen Krankenversicherungspflicht für alle Bürger.

Wenn durch die Politik der Großen Koalition die Wirtschaft wieder stabilisiert ist, und die Staatsfinanzen in Ordnung sind, können wir, auf dem Wege, die sozialgerechte Ordnung in der Bundesrepublik zu festigen, weiter vorankommen.

"Station Torfhaus" im Hochharz

Am Schalthebel zwischen Eurovision und Intervision

Von Klaus Rusticus, Hannover

Über Serpentinafen geht es steil bergauf bis zur fast schneebedeckten Autostraße im Hochharz. Sie führt zum Torfhaus, ein international bekanntes Zentrum des Fremdenverkehrs mit einer einmaligen technischen Szenerie in Europa. Nur an dieser Stelle können Sendungen der Ostblock-Intervision vor der westlichen Eurovision und umgekehrt übernommen werden.

Kontraste auf wenigen Planquadrate an der Kehlstelle zwischen Ost und West. Aus verschneiten Bergen und Wäldern wie in einem Märchen sticht der verrostete Stacheldraht an der verminten Zonengrenze hervor.

Auf diesem funktechnisch historischen Boden des Harzes wird die Teilung Deutschlands besonders jetzt zur Weihnachtszeit noch gegenwärtiger. Zwei gewaltige Hohlspiegel von je achtzehn Metern Durchmesser und jeweils 220 Quadratmetern Spiegelfläche sind an einem Stahlskelett verankert und ragen über holzverkleideten Häusern empor. Die Spiegel verfügen über eine Ausstrahlungsleistung von 60 000 Kilowatt und gelten als einmalig in Europa. Einem Winddruck von 180 Kilometern in der Stunde standhaltend nimmt jeder Spiegel bis zu 600 Kanäle auf. Mit einer Ausstrahlungskraft von 400 bis 500 Kilometern gewährleistet die Anlage den Sofortfernsprechverkehr von und nach Berlin.

Vielen Deutschen wird die "Station Torfhaus" Weihnachten oder um die Jahreswende die einzige Möglichkeit bieten, über den Sperrgürtel der Demarkationslinie hinweg Grüße und Wünsche auszutauschen.

Diese funktechnische Betriebsstelle der Bundespost gehört eigentlich auf den Brocken, wo die technische Nachrichtenzentrale stand, bis Deutschland geteilt wurde. Bei der Blockade Berlins im Jahre 1948 galt es, schnell zu handeln und über Nacht eine UKW-Verbindung nach Berlin zu schaffen. Die drei Antennenbäume, welche deswegen am Torfhaus aufgestellt wurden, reichten schon bald technisch nicht mehr aus. Außerdem wurde die Entwicklung im Nachrichtenwesen vom Übergang zu kurzen Wellen bestimmt.

So entstand am Torfhaus eine sogenannte Dezi-Verbindung, die eine größere Reichweite als der UKW-Verkehr aufweist. Zunächst wurden kleinere Spiegel installiert. Sie hatten jeweils einen Durchmesser von zehn Metern. Dann folgte die heutige Anlage, welche für den Fernsprechverkehr mit Berlin sorgt. Außerdem umfaßt sie Fernsehanlagen und einen Rundfunksender.

Von den Torfhaus-Sendeanlagen der Deutschen Bundespost aus besteht die einzige Direkt-Telefonverbindung einer westdeutschen Dienststelle mit einer mitteldeutschen Instanz, deren Sendeanlagen sich auf dem Brocken befinden. Per Luftlinie sind es zum DDR-Sender, der ferner die Programme des DDR-Staatsfernsehens in zonergrenznahe westdeutsche Gebiete ausstrahlt, nur einige Kilometer. Doch nur mit Hilfe technisch perfektionierter Anlagen kann die Grenze, die dazwischen liegt, überwunden werden.